

Frau
Nina Hauer
Mitglied des Bundestags
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1

11011 Berlin

30. Mai 2006

Protest gegen den Regierungsentwurf zur Novellierung des Urheberrechts vom 22. März 2006

Sehr geehrte Frau Hauer,

wir wenden uns an Sie als „unsere“ Abgeordnete im Bundestag und Mitglied der Regierungskoalition. Als Journalistinnen, Journalisten und Autorinnen sind wir von dem Entwurf der Regierung für eine Novellierung des Urheberrechtsgesetzes (2. Korb) mehr als entsetzt und protestieren gegen die nachfolgend genannten Änderungsabsichten.

1.

Bisher zahlt die Industrie pro verkauftem Vervielfältigungsgerät wie Kopierer, Drucker, CD-Brenner oder MP3-Player unterschiedliche Festpreise über die Verwertungsgesellschaften an die Urheber geistiger Werke. Diese Pauschalen sollen nun abgeschafft werden.

Statt dessen soll die Vergütung prozentual an die Gerätepreise gekoppelt werden. Höchstens sollen die Hersteller jedoch fünf Prozent des Verkaufspreises vergüten. Das bedeutet bei stetig fallenden Gerätepreisen auch stetig fallende Vergütungen für die Urheber. Die Gewerkschaft ver.di weist auf Expertenberechnungen hin, wonach Autoren, Filmschaffende, Musiker, Übersetzer oder Journalisten einen Einnahmeverlust von 42 Prozent allein aus dem Verkauf von DVD-Brennern zu befürchten haben.

Im Gegensatz zu den sinkenden Gerätepreisen nutzen die Endverbraucher in steigendem Maß die urheberrechtlich geschützten Werke wie Musikstücke: So wurden in Deutschland laut der VG-Wort 2004 über 3 Millionen MP3-Player verkauft, ein Absatzplus von 260 Prozent im Vergleich zum Jahr davor.

2.

Zukünftig sollen die Verwertungsgesellschaften mit empirischen Untersuchungen nachweisen, in welchem Ausmaß ein Gerät auch für die Vervielfältigung urheberrechtlich geschützter Werke genutzt wird. Erst dann soll die Vergütung gewährleistet werden.

Die VG Wort geht davon aus, dass die Hersteller die Untersuchungsergebnisse anfechten werden. Eine gerichtliche Entscheidung könnte bis zu sechs Jahren dauern. Während dieser Zeit würden die Urheber für private Vervielfältigungen mit dem entsprechenden Gerätetyp kein Geld erhalten.

Wir unterstützen die Forderung des Aktionsbündnisses von Urhebern und Verlegern: „Wir fordern ein Urheberrecht, das die Rechteinhaber für private Kopien ihrer Werke angemessen entschädigt.“

Wir fordern konkret:

- § keine Koppelung der Vergütung an den Gerätepreis
- § keine prozentuale Obergrenze für die Höhe der Vergütung
- § die Regelung zur Mindestnutzung soll gestrichen werden
- § die Höhe der Vergütung soll gesetzlich festgelegt werden bzw. bleiben
- § Rechtsverfahren sollen verkürzt werden

Wir fordern Sie, Frau Hauer, auf, sich im Bundestag aktiv dafür einzusetzen, dass geistiges Eigentum nicht entwertet wird.

Mit freundlichen Grüßen

Petra Zeichner, Freie Journalistin, Rockenberg, Wetteraukreis

Kerstin Holzheimer, Freie Journalistin, Bad Vilbel, Wetteraukreis

Susann Barczikowski, Freie Journalistin und Autorin, Bad Nauheim, Wetteraukreis

Peter Maresch, Freier Journalist, Gießen

Bernd Schmid, Freier Journalist, Wiesbaden

Verteiler:

Nina Hauer, MdB (Wahlkreis Wetteraukreis)

Heidmarie Wieczorek-Zeul, MdB (Wahlkreis Wiesbaden)

Rüdiger Veit, MdB (Wahlkreis Gießen)